LINKE LISTE Nürnberg

Stadtratnews

aus der Arbeit der Linken Liste im und ums Rathaus

Ausgabe 1
2015

Mobilität
Stadtrat fragt ExpertInnen

Kolumne
Städt. Vorstandsgehälter

Rund ums Rathaus
BioMetropole
Bürgerarbeit
Haushaltsberatungen
wbg zahlt für Städt. Werke
Mietpreis Gemeinschaftshaus
Ausländerbehörde befragt

Solidarität
Zurück zum Fremdenhass?

Busse und Bahnen - bezahlbar für alle!

Damit ich in die Arbeit komme und nachmittags mit meinen Kindern unterwegs sein kann, benötige ich eine Mobicard. Diese kostet 89 Euro. Mit Streifenkarten kommen wir nicht günstiger. Ich kann mir das eigentlich nicht leisten.

Meral Külekci
35 Jahre, 2 Kinder, Minijob

Gerne würde ich für den täglichen Weg zur Arbeit die öffentlichen Verkehrsmittel nutzen. Doch bei einem Preis von 795,60 EUR für ein Jahresticket ist dies für mich nicht möglich, da mein Lohn dafür zu gering ist. Deshalb fahre ich das ganze Jahr mit dem Fahrrad.

Fabian Moser
28 Jahre, Arbeiter in Vollzeit

Ich besuche die Fachoberschule. Auf weiterführenden Schulen bekommt man die Fahrkarte nicht erstattet. Die Schülerkarte kostet 49,50 Euro, ich habe jedoch kein Einkommen.

Esra Alci
19 Jahre, Schülerin

Fahrpreise am Limit, muss das sein?

Nehmen wir uns Wien zum Vorbild! Dort wurde ein Jahresticket zu 365 Euro mit großem Erfolg eingeführt.

Für ein Nürnberger Jahresticket zu 365 Euro, ermäßigte Tickets für SchülerInnen und Studierende und ein Sozialticket für Nürnberg-Pass-BesitzerInnen. Mobiltät für alle!

Da ich täglich von Nürnberg nach Erlangen zur Uni fahren muss, kostet mich das Monatsticket 86,50 Euro. Dies ist für eine Studentin eindeutig zu viel. Wir brauchen ein bezahlbares Semesterticket.

Helin Üstün
20 Jahre, Studentin

Busse und Bahnen bezahlbar für alle!

Preise wieder erhöht

Die 2,99 Prozent Fahrpreiserhöhung der VAG seit dem 1. Januar 2015 sind ein weiterer Schritt in die falsche Richtung. Die ursprünglich geplanten zehn Prozent Erhöhung wurden durch die jahrelangen Proteste verhindert.

Trotzdem ist die Stadt Nürnberg mit ihren derzeitigen Fahrpreisen weit von einem attraktiven ÖPNV mit bezahlbaren Fahrpreisen entfernt.

Die StadträtInnen Titus Schüller, Marion Padua und Özlem Bahadir verteilten am 30.01. symbolische 365-Euro-Jahrestickets

Alternativ: Wiener Modell

Die LINKE LISTE fordert die Einführung des Wiener Modells mit einem Jahresticket für 365 Euro mit ermäßigten Tickets für SchülerInnen und Studierende sowie ein Sozialticket für Nürnberg-Pass-BesitzerInnen.

Arbeitsgruppe der Stadt

Wir haben an den Stadtrat viele Anträge zur Mobilität für alle BürgerInnen gestellt. Nach steter Unterstützung dafür durch die Öffentlichkeit sah sich endlich auch die Koalition von SPD und CSU gezwungen, etwas zu tun. Es wurde eine Arbeitsgruppe unter Einbeziehung von Expert-Innen ins Leben gerufen, um ein „stark rabattiertes Jahresticket" zu prüfen.

Wir freuen uns, dass der Gedanke des Wieners Modells aufgegriffen wird, doch muss das zu einer wirklich starken Reduzierung der Jahreskarte führen. Kosten von derzeit 661,20 Euro für ein Jahr stellen für viele Menschen ein ernstes Problem dar.

Mit einem Euro pro Tag würde dagegen nicht nur Mobilität für alle gewährleistet, sondern Umwelt und Klima geschont, Unfallquote und Autoverkehr reduziert und die Lebensqualität aller Menschen in Nürnberg insgesammt erhöht.

Wir hoffen dass die städtische Arbeitsgruppe entsprechende Ergebnisse präsentieren wird und letztendlich die BürgerInnen darüber entscheiden können. Wir setzen uns in jedem Fall weiterhin dafür ein und hoffen für weiteren Druck auch auf Ihre Unterstützung.

Einladung zur Podiumsveranstaltung:
Neue Wege des ÖPNVs - Bezahlbar für alle!
Samstag, 7. März 2015, 18 Uhr
Caritas-Pirckheimer-Haus, Königstraße 64

Mit Manfred Eber (Gemeinderat und Verkehrssprecher der KPÖ-Graz), MdB Sabine Leidig (verkehrspolitische Sprecherin DIE LINKE) und Berthold Söder (Kreisvorstand VCD Nürnberg).

Die ReferentInnen bringen Erfahrungen aus anderen Städten und Ländern ein, um für Nürnberg einen attraktiven Öffentlichen Nahverkehr zu entwickeln. Dieser ist Bestandteil der Daseinsvorsorge und darf nicht den Gesetzen des freien Marktes unterliegen.

Die Diskussions- und Informationsveranstaltung soll ein Anstoß zum Nach- und Umdenken sein.

Kolumne: Scharf kommentiert

Stadt Nürnberg zahlt Vorständen mehr als das Kanzlergehalt

„Leistung soll sich wieder lohnen" fordern gerne die Unternehmerverbände. Die Kanzlerin gibt sicher keine gute Leistung ab und verdient dennoch jährlich 190.000 Euro. Viel Geld, doch nicht das Ende der Fahnenstange. Ein Blick nach Nürnberg zeigt, dass die Geschäftsführer der städtischen Töchter besser verdienen als Frau Merkel:

Die Geschäftsführer der Nürnberg Messe, Peter Ottmann und Roland Fleck, erhalten je 191.000 Euro. Die zwei wbg-Vorstände, Ralf Schekira und Frank Thyroff kommen jeder auf 214.000 Euro. Bei der N-Ergie bekommt Vorstand Thomas Unnerstall 368.000 Euro und bei der VAG Tim Dahlmann-Resing und Michael Richarz je 222.000 Euro. Die Städtischen Werke Nürnberg überweisen Hasler als Vorsitzenden der Geschäftsführung 430.000 Euro, seinem Stellvertreter Karl-Heinz Pöverlein 379.000 Euro.

Macht zusammen über 2,4 Mio € im Jahr für neun Männer. Gleichzeitig sind ca. 20 Prozent der Nürnberger Bevölkerung arm oder akut von Armut bedroht, sie leben von unter 850 Euro im Monat.

Gerade finanziell Schwachgestellten sollen die städtischen Töchter eine bezahlbare Infrastruktur sichern. Aber müssen sie gleichzeitig einigen Wenigen ihren Reichtum garantieren? Wir meinen: Nein!

Rund ums Rathaus

Düstere Bilanz der BioMetropole

Stadtrat, 22. Oktober

Das Projekt BioMetropole hatte sich 2008 das Ziel gesetzt, 25 Prozent des Essens in allen städtischen Einrichtungen und in Schulen und Kitas sogar 50 Prozent in Bioqualität anzubieten.
Billanz nach sechs Jahren: Ziel kaum erreicht. Folgende Quoten an Bioessen wurden festgestellt: Rathaus 15, Theater und Noa 0, das Klinikum ist von 10 auf 1,2 Prozent gesunken, der Tiergarten hingegen schafft 75 Prozent. Schulen liegen im Schnitt bei 18 und die Kitas bereits bei 41 Prozent.
Eine gründliche Analyse fehlte im Stadtrat. Dennoch wurde beschlossen die Quote bis 2020 in Kitas auf 75, in Schulen auf 50 und bei städtischen Einrichtungen auf 25 Prozent zu heben. Die Produkte sollen zur Vermeidung von langen Transportwegen aus der Region stammen.

Bürgerarbeit ist kein Weg aus der Arbeitslosigkeit

Personalausschuss, 23. Oktober

Auf Antrag der Linken Liste wurde über die Bürgerarbeit berichtet: Seit 2011 waren in Nürnberg 232 BürgerarbeiterInnen bei der NOA beschäftigt, aber nur 31 fanden einen regulären Arbeitsplatz! Wir fordern Bürgerarbeit nach Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes zu entlohnen um reguläre Arbeitsplätze zu schützen.

Haushaltberatungen 2015

Stadtrat, 20. November

Trotz insgesamt guter finanzieller Lage will die Stadt 2015 wieder Schulden machen. Diesmal 10 Millionen Euro. Wir meinen, das wäre nicht nötig und haben vorgeschlagen, als Ausgleich die Gewerbesteuer leicht anzuheben. Dies könnte ca. 15 Millionen Mehreinnahmen bringen.
Die Mehrheit im Stadtrat gibt dagegen lieber 560 Milliarden Euro (inkl. staatl. Zuschüsse) für den Ausbau des Frankenschnellwegs aus und baut die teure U-Bahn weiter Richtung Süden aus.
Wir konnten aber auch einige wichtige Erfolge erzielen: Z. B. stehen nach zweijährigem Engagement der Linken Liste jährlich 25.000 Euro für die kostenlose Ausgabe von Verhütungsmitteln zur Verfügung. Die Abgabe erfolgt durch die Familienberatungsstelle "pro familia".

Nein zu Verkaufsoffenen Sonntagen

Stadtrat, 10. Dezember

Wie jedes Jahr beantragte die LINKE LISTE auf vier verkaufsoffene Sonntage im Jahr zu verzichten. Wir verwiesen neben der Notwendigkeit auf Erholung auf die Rechtsprechung, dass für verkaufsoffene Sonntage „erhebliche Besucherströme“ vorhanden sein müssen. Das trifft allerdings lediglich auf das Altstadtfest zu.

Finanzspritze der wbg für die Stadt – MieterInnen zahlen die Zeche

Stadtrat, 10. Dezember

Mit einem in geheimer Stadtratssitzung beschlossenem Geschäft fließen 100 Millionen Euro über ein verschachteltes Konstrukt von der wbg zu den Städtischen Werken Nürnberg (VAG und N-ERGIE). Damit sollen unter anderem neue U-Bahnwagen gekauft werden.
Die Zeche zahlen die wbg-MieterInnen: Die hierfür aufgenommenen Kredite werden künftig über Mieten refinanziert. Für eine Familie in einer 90 m² Wohnung führt das rechnerisch zu einer Mehrbelastung von 400 Euro jährlich.
Die LINKE LISTE hat im Stadtrat gegen diesen Deal gestimmt. Wir meinen: Aufgabe der städtischen wbg ist, bezahlbare Mietwohnungen bereit zu stellen und zu unterhalten. Gewinnorientierte Wohnungsunternehmen, die dicke Gewinne mit hohen Mieten machen, gibt es genug.
Dass die Städtischen Werke mehr Geld für ihre Aufgaben benötigen, wurde von OB Maly in den Haushaltsberatungen im November noch verschwiegen. Denn dann wäre offensichtlich geworden, dass der Ausbau des Frankenschnellwegs den städtischen Haushalt sprengt. Ohne den Ausbau wäre ausreichend Geld für den Kauf neuer U-Bahnzüge vorhanden, ohne den wbg-MieterInnen in die Tasche zu langen.

Mietpreiserhöhung des Gemeinschaftshauses

Stadtrat, 10. Dezember

Der Stadtrat hat die Mietgebühren für Räumlichkeiten des Gemeinschaftshauses Langwasser erhöht.
Die LINKE LISTE lehnte dies als einzige Stadtratsgruppe ab, da die Räumlichkeiten auch BürgerInnen mit geringen Einkommen zugänglich sein sollten. Dies gehört zum Kulturauftrag des Hauses.

CSU findet Essenspakete gut

Kommission für Integration, 11. Dezember

Es wurde ein gemeinsamer Antrag der Grünen, LINKE LISTE und ÖDP behandelt. Herr Kuch, Leiter der Ausländerbehörde, lieferte zwar eine umfangreiche Vorlage, wich aber den wesentlichen Fragen (Warum gibt es so viele kurze Duldungen? Wie viele Geduldete erhalten eine Arbeitserlaubnis?) aus. Er bestritt sogar, dass die Kommune einen Handlungsspielraum bezüglich der Arbeitserlaubnis und Erteilung von Duldungen hat. Integrationssprecher Höffkes (CSU) entlarvte sich, indem er Essenspakete immernoch gut hieß, obwohl der Gesetzgeber, gezwungen durch viele Proteste, dies mittlerweile anders sieht. Die Essenspakete werden ab März 2015 abgeschafft und die Residenzpflicht für AsylbewerberInnen gelockert.

Spaziergang nach Rechts

Eine neue politische „Trenderscheinung“ nennt sich Pegida (Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes). Bei sogenannten „Abendspaziergängen“, kamen in den vergangenen Wochen tausende Menschen zusammen, um rechtspopulistische Ansichten kund zu tun.
Dabei unterscheiden sich die Kernpunkte dieser „besorgten Bürger“, die vor allem aus Hetze gegen Flüchtlinge bestehen, nicht sonderlich von denen der HoGeSa (Hooligans gegen Salafisten), der NPD, AfD oder einiger Flügel der Union.

Nazis melden an

Es ist kein Geheimnis, dass diese Märsche von rassistischen und faschistischen Parteien und Kräften zumindest tatkräftig unterstützt werden. In einigen Städten werden die Aktionen von NPD-Leuten oder von Personen, angemeldet, die in anderen faschistischen Organisationen aktiv sind. Der Charakter dieser Veranstaltungen ist unmissverständlich: Ausgrenzend und diskriminierend.

Keine plötzliche Entwicklung

Die fremdenfeindliche Stimmung ist das Ergebnis reaktionärer Politik und Propaganda gegen MigrantInnen und Flüchtlinge, die seit Jahren von verschiedenen Medien und Parteien praktiziert wird. Spätestens nach den Ergüssen von Thilo Sarrazin taucht in Debatten und Medien der Satz „Das Problem muss doch thematisiert und die Ängste und Sorgen gesagt werden dürfen“ auf.
Allerdings sind nicht fehlende Möglichkeiten der Artikulation von teils nachvollziehbaren Ängsten ein Problem. Auch eine "Überfremdung der Gesellschaft" muss bei der aktuellen Abschottungspolitik der EU nicht befürchtet werden. Vielmehr glaubt ein Teil der Bevölkerung selbst etwas zu verlieren, wenn Bedürftigen geholfen wird.
Unterstützt wird dies durch asyl- und menschenfeindliche Gesetze, durch das Vernichten von Sozialleistungen, aber auch durch unreflektierte oder reißerische Medienberichte.
Offen rassistische und faschistischen Kräfte ernähren sich gut davon, ebenso wie konservative Parteien. Selbst nach dem Entdecken des NSU-Terrornetzwerkes und klar erkennbaren Parallelen zu Pogromen in den 90ern, geben sich viele PolitikerInnen, wie damals, als Kümmerer um deutsche Ängste, statt als VerfechterInnen der Aufklärung zu agieren. Dazu passt auch der aktuelle Vorstoß der CSU, die Asylgesetze zu verschärfen.
Zum Glück kann aber auch nicht übersehen werden, dass sich Tausende an antifaschistischen Gegendemonstrationen beteiligen und vielerorts Notunterkünfte für Flüchtlinge ehrenamtlich unterstützt werden.

Brandanschlag auf Unterkünfte in Vorra

Mitte Dezember wurden in Vorra (Nürnberger Land) drei bereits bezugsfertige Flüchtlingsunterkünfte in Brand gesetzt. An den Wänden befanden sich rechte Schmiereien, darunter auch ein Hakenkreuz. Wie gefährlich Nazis agieren wird durch diesen Brandanschlag nochmals deutlich.
Zwei Wochen später wurden Säulen in der "Straße der Menschenrechte" mit rassistischen Parolen wie „Asylflut stoppen“, „Pegida“ und einem Hakenkreuz beschmiert.

Zeit zu handeln!

Wir rufen die Regierung auf, Islamphobie und flüchtlingsfeindliche Politik zu beenden, sich von RassistInnen zu distanzieren und Vorkehrungen gegen rassistische Veranstaltungen und Organisationen zu treffen.
Wir müssen eine Gesellschaft werden, die bereit ist, bislang Ausenstehende aufzunehmen, zu integrieren und sich durch deren Kultur selbst weiter zu entwickeln.

Sozialfonds

Die LINKE LISTE hat einen Sozialfonds, in den unsere StadträtInnen aus ihren Bezügen einzahlen. Seit wir im Rathaus sind, konnten wir dadurch vielen Menschen in schwierigen Situationen, wie z. B. bei Stromsperren oder Nazianschlägen, helfen.
Mehr Informationen zu unserem Sozialfonds finden sie auf unserer Internetseite und in unserem Bürgerbüro.

Was ist die LINKE LISTE?

Die LINKE LISTE Nürnberg ist ein Bündnis aus verschiedenen politischen Organisationen und Einzelpersonen. Wir engagieren uns für ein demokratisches und soziales Nürnberg und stehen für eine lebenswerte, menschen- und umweltfreundliche Stadt.
Durch uns wird im Stadtrat wieder strittig diskutiert und zwar über Themen, die vorher - hauptsächlich von den beiden großen Parteien SPD und CSU - im Hinterzimmer ausgehandelt und im Stadtrat nur noch abgenickt wurden. Wie z. B. die ständigen Preiserhöhungen der VAG oder die unsoziale Wohnungspolitik. Wir tragen die Forderungen betroffener BürgerInnen in den Stadtrat und machen transparent, wer dazu wie abstimmt. Die Parteien müssen jetzt Farbe bekennen!
Das Abstimmungsverhalten der Anderen kann nicht durch bloße Diskussion im Stadtrat geändert werden. Durchsetzen können wir berechtigte Forderungen nur dann, wenn sie von möglichst vielen Menschen auch außerhalb des Rathauses artikuliert werden. Wir hoffen dabei weiterhin auf Ihre Unterstützung!

Titus Schüller M. Padua Özlem Bahadir

Kontakt

Bürozeiten Mo. bis Fr. 10 bis 13 Uhr

LINKE LISTE Nürnberg
Humboldtstraße 104
90459 Nürnberg
Telefon: 0911 28760-13
buero@linke-liste-nuernberg.de

V.i.S.d.P.: Marion Padua, Humboldtstraße 104, 90459 Nürnberg